

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 1/39. Jahrgang

Januar 2008

Schutzgebühr: 0.30 E

Koch mitverantwortlich an Gewaltverbrechen

Mit seiner Hetze gegen Ausländer und jetzt gegen kriminelle ausländische Jugendliche steht Koch (CDU) nicht allein. Kollege Irmer (CDU) aus Wetzlar, der im Wahlkampf die bildungspolitischen Fragen beantworten darf, hetzt seit Jahren gegen Minderheiten. Auch Öttinger (CDU) aus Baden-Württemberg und sein Vorbild Filbinger (CDU/NSDAP) haben den Boden vorbereitet.und viele mehr. Da die genannten Jugendlichen zum großen Teil in Deutschland geboren wurden und damit meist keine Ausländer sind, ist das ein deutsches Problem und nicht ein türkisches oder das eines anderen Landes. Der Staat hat versagt, indem er den

Jugendlichen Chancengleichheit vorenthält. Gemeinsames Lernen bis zum zehnten Schuljahr in Ganztagschulen gilt seit Jahrzehnten in konservativen Kreisen als Teufelei sozialistischer Ideologie.

Gerade in Hessen wurde unter Koch an Bildung gespart. Kürzung im Bereich von Sozialarbeit, Jugendpflege usw. wurden als notwendig erklärt.

Selbst entsprechende Polizeikräfte, die mit Jugendlichen umgehen können, wurden nicht eingestellt, die Justiz insgesamt vernachlässigt.

Somit ist die Hessische Landesregierung mitverantwort-

Inhalt:

Kapitale Wohltaten/Uni-Klinken	S.2
Kinderbetreuung privat/46er aus?	S.3
Öffentlicher Dienst/Hartz IV zu viel	S.4
Die Preise hoch/Jugendamt	S.5
Venezuela + EU/Soli mit A.Lucifero	S.6
NATO-Konferenz/Leserbriefe	S.7
DKP zur Landtagswahl/Termine	S.8

lich für die Zunahme an Gewaltverbrechen.

Die Infamie des Ministerpräsidenten Koch, der schon mal vom jüdischen

(Fortsetzung Seite 3)

NPD dankt Roland Koch

Freude bei Neuzugang: CDU/CSU dankt bei ihrer moralisch-kleinlichen Kampagne noch eines Zitat zu Schlagzeile in der "jungen Welt"

Doch noch Ermäßigung beim Kino?

Nochmals auf der Tagesordnung stand der Antrag der Linksfraktion, die Stadt möge mit den Kino-Besitzern Kontakt aufnehmen mit dem Ziel, daß Gießen-Paß-Besitzer beim Kino-Besuch eine Ermäßigung bekommen (wie das auch mit der Ehrenamtskarte der Fall ist). Wegen dieses doch ziemlich harmlosen Antrags, der die Stadt keinen Cent kosten würde, gingen insbesondere FDP und CDU auf die Barrikaden. Ein „Eingriff in das Privateigentum“ wurde beschworen (CDU-Möller), die Kino-Besitzer an den Pranger gestellt (FDP-Scherer) und geunkelt: nächstens solle sich das Stadtparlament noch in die Preisgestaltung der Kaufhäuser einmischen. Nachdem dieser Antrag sowohl im Ausschuß als auch auf der letzten Sitzung des Stadtparlaments abgelehnt worden war, hatte Michael Beltz (DKP), Stadtverordneter der Linksfraktion, persönlich Kontakt aufgenommen und die Kino-Besitzer angeschrieben (s. GE 12/07).

Das hatte Wirkung gezeigt. OB Haumann informierte schließlich darüber, daß Gespräche stattgefunden hätten und er diese weiterführen wolle.



In Rolands Kinderknaust...



Schon wieder Alkohol! Und du hast mir versprochen, du wirst im Neuen Jahr ein anderer Mensch!

Ich hab mein Versprechen gehalten. Aber es ist wie verhext. Der andere trinkt auch!

Für Frieden und Sozialismus! DKP

Die Wohltätigkeiten des Kapitals

*Almosen verhindern nicht den Tod, aber verlängern die Demütigung**

Die Gießener Tafel, betrieben vom Diakonischen Werk, hat sich nach zwei Jahren erheblich vergrößert. Statt derzeit 450 sollen zum 1. Mai 1000 Menschen mit Lebensmittelpaketen versorgt werden. Verteilt werden einmal wöchentlich an Bedürftige noch genießbare Lebensmittel, deren Mindesthaltbarkeitsdatum abgelaufen ist. Sie werden von hiesigen Geschäften gespendet (für die das auch eine billige Methode der Entsorgung ist). Unterstützt wird die Tafel von vielen ehrenamtlichen Helfern und Spendern, Spendern, Spendern...

Die Tafelbewegung boomt weltweit, mit zunehmender Armut wachsen auch die Almosen verteilenden gemeinnützigen Vereine. Es gibt Kindertafeln, Tiertafeln und – als neueste Errungenschaft – in Gießen den „Mittagsfond“. Dort werden, von der Stadt unterstützt, Spenden gesammelt für Kinder aus finanzschwachen Familien, die das Mittagessen in der Kita, es kostet 2,50 Euro, nicht bezahlen können. Hat doch die SPD/Grüne Bundesregierung (und alle Hartz-IV-Befürworter) beschlossen, daß diese Kinder mittags von nur 1 Euro satt zu werden haben – mehr gibt's nicht. Selbstverständlich können Spenden an „gemeinnützige“ Einrichtungen von

der Steuer abgesetzt werden; und für die Spender ist das eine preiswerte Imagewerbung. Gerade in der Weihnachtszeit füllt sich die Presse mit Fotos und Berichten von der Überreichung von Spendenschecks.

Nun soll das alles nicht einfach madig gemacht werden, weil es den Betroffenen wirklich hilft. Es ist jedoch ein alter Hut, daß, wer den Reichen nichts nimmt, den Armen nichts geben kann. Und genau davor drücken sich die Verantwortlichen (vorausgesetzt sie haben ein soziales Gewissen). Da wir aber im Kapitalismus leben, sind alle Lebensbereiche den Verwertungsbedingungen des Kapitals unterworfen und die Politiker nicht ihrem Gewissen, sondern den Profitinteressen der Kapitalisten verantwortlich.

Man stelle sich vor, in der DDR hätte es ansatzweise so etwas wie eine Tafel gegeben. Das Geschrei der Medien (die sich schon überschlugen, weil es dort kaum Bananen und Südfrüchte gab) ist kaum auszudenken. Genau aus diesem Grund, weil in der DDR niemand auf Almosen angewiesen und das Recht auf Arbeit, Wohnung, Bildung und Gesundheitsfürsorge verwirklicht war, genau aus diesem Grund wird die DDR und

*) Sprichwort aus dem Kamerun



Armensuppe: "Entschuldigen Sie, junger Mann!" - "Schad't nischt, det macht keene Fettflecke!" (H.Zille)

alles, was mit Sozialismus zusammenhängt, diffamiert, verteufelt oder lächerlich gemacht. Erika Beltz

UZ unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung

**Woche für Woche
Antikriegszeitung**

Abo, Info, Probeexemplare:
Hoffnungstr. 18, 45127 Essen,
tel 0201-2486482,
E-mail: UZAbot@t-online.de
**UZ - Zeitung der
DKP**

Uni-Kliniken: Personalmangel noch schlimmer

Die Personalsituation am privatisiertem Uniklinikum Gießen/Marburg wird immer prekärer. Während bisher nur das betroffene Pflegepersonal und die Personalräte über die ständig zunehmende Überlastung klagten, haben jetzt auch Chefärzte die Situation erkannt und öffentlich auf den Mißstand hingewiesen. Der Grund für die Situation liegt auf der Hand.

Obwohl in Unikliniken vorwiegend besonders schwierige Fälle behandelt werden, wendet der private Betreiber, die Rhön-Kliniken AG, den Personalschlüssel für Allgemeinkrankenhäuser an. Die Geschäftsführung des Klinikums wiegelt regelmäßig ab.

Vor einigen Wochen hieß es, der Personalmangel sei nur „gefühl“, jetzt wurde ein vorüber-

gehender Mißstand zugegeben, der aber schon behoben sei. Tatsächlich ist nichts behoben, die angespannte Personalsituation gehört zum Programm der AG.

Die Aktionäre investieren ihr Geld nicht aus Menschfreundlichkeit in Krankenhäuser, sondern sie wollen Gewinne sehen. An Medizingeräten und Medika-



menten können sie kaum sparen - der einträglichste Posten für Einsparungen und damit Gewinnsteigerung ist das Personal. Die Geschäftsführung verläßt sich darauf, daß die Beschäftigten aus Pflichtbewußtsein schon die unbedingt notwendige Pflege leisten werden, auch wenn sie überlastet sind. Mehr als eine Mindestpflege, wie Gespräche mit Patienten oder Angehörigen, Trost in schwierigen Situationen oder andere Formen menschlicher Zuwendung sind nicht vorgesehen - sie kosten Zeit und schmälern damit den Profit. - Der Patient steht nicht als Mensch im Mittelpunkt, sondern als Objekt der Wertschöpfung - das ist der Kernpunkt privatisierter, gewinnorientierter Krankenversorgung.

Gernot Linhart

Keine städtische Kinderbetreuung mehr?

Es war kein TOP der letzten Sitzung des Stadtparlaments, sondern eine Frage von G. Merz (SPD), die zu Tage brachte, daß sich Gießen von der städtischen Kinderbetreuung verabschieden will.

Anlaß war die geplante Übertragung der Kita in der Anne-Frank-Straße (Weststadt) an einen freien Träger. Warum, so wollte Merz wissen, wurde dies ohne Votum der Stadtverordneten beschlossen? Antwort Bgm. Weigel-Greilich (Grüne): dies sei entsprechend der HGO

rechters. Zusatzfrage: Sollen weitere Kitas auf freie Träger übertragen werden? Dies verneinte sie (im Sommer hatte sie dies noch „für die Zukunft nicht ausschließen können“) und fügte hinzu: „Außer den neuen Kitas.“ Das heißt, alle neuen Einrichtungen der Kinderbetreuung – und das werden in Verwirklichung der beschlossenen Betreuungsgarantie einige sein – sollen von privaten Trägern geführt werden. Bereits jetzt besuchen 1700 der 2500 in Gießen betreuten Kinder private Einrichtungen; das sind in der

Regel christliche – obwohl 40% der Bevölkerung nicht in der Kirche sind. Wer da meint, Hauptsache ist doch, daß die Kinder überhaupt betreut werden, irrt. Laut Grundgesetz und



Hessischer Verfassung haben wir eine klare Trennung von Staat und Kirche. Zum anderen hat – unstrittig – der Staat bzw. die Kommune die Pflicht, ausreichend Einrichtungen zur Kinderbetreuung und Vorschulernziehung bereit zu stellen. Gegen beide Grundsätze wird mit dieser Praxis verstoßen. Hinzu kommt, daß die Kirchen nur waschechte ge-

taufte Christen für die Erziehung einstellen, die sich bei Entlassung (z.B. bei Ehescheidung) nicht wehren können; und einen Betriebsrat gibt es in diesen „Tendenzbetrieben“, wo das Betriebsverfassungsgesetz nicht gilt, ohnehin nicht.

Das führt zu solchen Eiertänzen im Jugendhilfeausschuß, daß bei der eingangs genannten Kita mit einem Migrantenanteil von 80% (zum großen Teil muslimische Familien) „ein freier religiös gebundener Träger nicht ausgeschlossen wird“, daß aber „Personal mit unterschiedlichem religiösem Hintergrund möglich ist“. Soll dieser Murks beinhalten, daß auch diese Kita von der Kirche betrieben werden kann? Oder heißt das, daß auch muslimische Erzieherinnen dort eingestellt werden können/sollen? Aber: Was machen die dann mit ihrem Kopf-tuch, das in Hessen verboten ist. E.B.

Basketball - 46er vor dem Aus!?

Die Schulden vermehren sich, Sponsoren überlegen, Lieferanten liefern nur noch gegen Barzahlung. Das Wirtschaftsunternehmen Gispo muss sich mit dem Gedanken der Insolvenz vertraut machen. Dann wird die Bürgschaft der Stadt über 200.000 € fällig; alle Fraktionen außer Die Linke und Bürgerliste haben dem zugestimmt vor dem Hintergrund, dass der Basketball eine Werbung für Gießen darstelle. - Nun könnte jemand auf die Idee kommen, der Stadt die Kosten der Insolvenz des Dach-Cafe aufzubürden. Die Familie Bliedung hat nämlich über Jahrzehnte mit diesem Lokal für Gießen ein Aushängeschild geschaffen.

„Sozialisten können Christen sein – Christen müssen Sozialisten sein.“

(Helmut Gollwitzer, ev. Theologe.)



(Fortsetzung von Seite 1)

Koch mitverantwortlich...

Vermächtnis sprach, um seine Schwarzgeldaffäre zu vertuschen, zeigt sich im folgenden deutlich: Die tägliche rassistische Gewalt von rechtsradikalen Arianern spielt für ihn keine Rolle. Da ist ihm der Beifall der NPD sicher und wohl auch Stimmen aus dem rechtsten Lager.

Minderheitenhetze war schon immer ein Mittel der Volksverdummung. So wie der bildungspolitische Sprecher der Landes-CDU Irmger gegen Schwule, vor allem schwule Ausländer hetzt, so durfte der „Historiker“ Baring den Nationalsozialismus verharmlosen, und so hat sich der

brutal-möglichste Koch seine Minderheiten gesucht.

In der "guten alten Zeit" half z.B. der Faschist Globke mit seiner Rassen-gesetzgebung, die Minderheiten ausfindig zu machen, die es zu vernichten



galt: Die Juden. Als Belohnung durfte Globke mit anderen Nazis in der CDU mitarbeiten. Dagegen ist Koch natürlich ein Humanist – er will die Ausländer nicht physisch vernichten. Er hat also die Chance, ebenso wie sein ehemali-

ger Kollege Filbinger zum Widerstandskämpfer gekürt zu werden. Und in der SPD wird schon über eine Große Koalition in Hessen geredet.

Michael Beltz

Mehr Geld für den öffentlichen Dienst

Für die Beschäftigten...

Gemessen an der Erhöhung der Einkünfte der Abgeordneten des deutschen Bundestages (die steigen um 9,4%) ist die Forderung der Beschäftigten bei Bund und Kommunen in Höhe von 8% recht bescheiden, weiß doch jeder, daß das Ergebnis in der Regel im Bereich der Hälfte dessen liegen wird, was ver.di und der Beamtenbund gemeinsam als Forderung aufgestellt habe. Mindestens 200 E sollen also herauskommen. Die Stimmung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist schlecht. Reale Einkommensverluste über Jahre haben die Schere zu den Einkommen der Privatwirtschaft weiter geöffnet. Also ist eine deutliche Erhöhung der Einkommen dringend notwendig. Die Mobilisierung in den Betrieben bis hin zur Stärkung einer möglichen Streikbereitschaft ist angesagt. Die Steuereinnahmen der Gemeinden steigen: 2006 um 2,9 Mrd. E, 2007 um 5,5 Mrd. E. Für 2008 wird laut Finanzministerium voraussichtlich mit 4,5 Mrd. E zu rechnen sein. Alleine die Erhöhung der Mehrwertsteuer brachte rund 23 Mrd. E mehr; das ist

ungefähr die Hälfte der zusätzlichen Steuereinnahmen.

... und für Leistungen

Leistungen des Staates wurden weiter heruntergefahren. Man möge sich in Gießen und Landkreis mal z. B. die Sporthallen der Schulen ansehen, dann wird sofort deutlich, wo gespart wird. Bundes-

Leistungen im Jugend- und Sozialbereich das ehrenamtliche Engagement gepriesen. Wir Kommunisten wollen qualifizierte Leistungen der öffentlichen Dienste und dazu brauchen die dort Beschäftigten auch entsprechende Entlohnung. Die Leistungen des Staates müssen wieder denen zukommen, die den Staat auch finanzieren.

Die Steuern zahlen wir!

Die Steuerschätzung vom November 2007 stellt fest: rund 56% der Steuereinnahmen des Staates erfolgen durch Lohnsteuer und Mehrwertsteuer, 10% durch weitere Verbrauchssteuern wie Tabak- und Energiesteuer. Alle Steuern auf Gewinne und Vermögen zusammen erbringen dagegen nur noch rund 20% des gesamten Steueraufkommens. Der Kampf um höhere Löhne und Gehälter im öffentlichen

Dienst ist auch ein Kampf um Umverteilung von Gesamtvermögen des in Deutschland erwirtschafteten Bruttosozialprodukt. Nötig ist eine kämpferische Tarifrunde, die Beschäftigten brauchen deutliche Lohnerhöhungen. K.S.



weit wurden in den letzten Jahren 1500 öffentliche Bäder geschlossen, 500 Bahnhöfe stillgelegt, rund 25% aller Jugend- und Freizeitangebote gestrichen. In Hessen wird gleichzeitig zur Zerschlagung des öffentlichen Dienstes und seiner

Hartz IV noch zu viel?!

Der Jubel in den Medien über den Rückgang der Arbeitslosigkeit zum Jahresbeginn war groß. Die Fakten jedoch sind beschämend.

Löhne unter Hartz-IV-Niveau

Immer mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigte müssen zusätzliche Leistungen nach Hartz IV beantragen, weil ihre Hungerlöhne unterhalb der Sätze von Alg 2 liegen.

Die GIAG gab nach einer Anfrage der Linksfraktion im Kreis zu, daß im Januar 2007 2792 Bedarfsgemeinschaften ergänzende Leistungen nach Hartz IV beantragen mußten, weil ihr Erwerbseinkommen einschließlich Kindergeld nicht ausreicht. Bereits im September waren es 3027. Insgesamt hat sich in Deutschland die Zahl dieser Geringstverdiener seit Sommer 2005 fast verdoppelt und steigt rasant weiter.

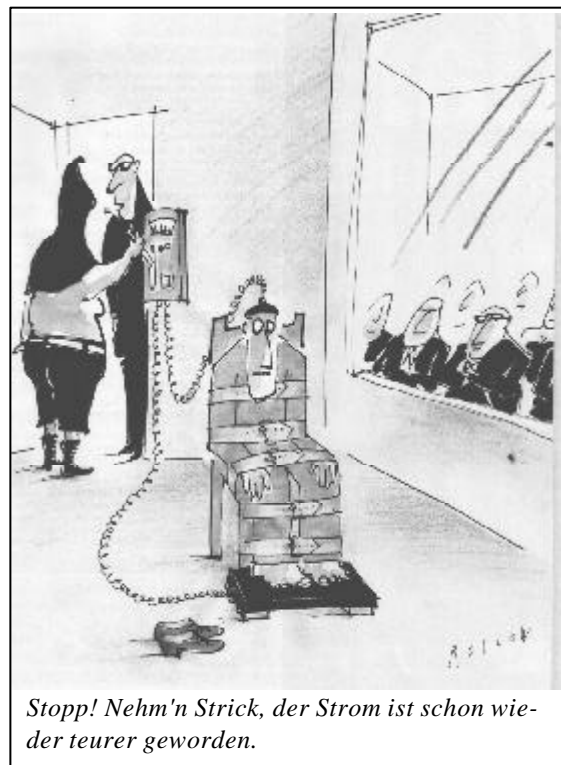
Den Arbeitslosen geht's zu gut

Mit diesen staatlichen Zuzahlungen werden faktisch Lohnkosten der Unternehmer subventioniert. Eigentlich unterstreicht das die Notwendigkeit der Einführung eines Mindestlohnes (die DKP fordert 10 E/Std). Die Pläne der Herrschenden gehen jedoch in eine andere

Richtung. Eine OECD-Studie stellte jetzt fest: Deutschlands Arbeitslosen geht es zu gut. Denn „trotz der Einschnitte der Hartz-Reformen liegen die Transferleistungen für Langzeitarbeitslose weiter über dem OECD-Schnitt“.

Wann wird gekürzt?

Ein Alleinstehender erhält nach fünf Jahren Erwerbslosigkeit 36% seines letzten Nettoverdienstes. Zuviel! Denn der OECD-Schnitt liegt bei 32%. Da wird Handlungsbedarf erkannt, und zwar - wie im Kapitalismus üblich - durch Angleichung nach unten. Spätestens wenn demnächst wieder einmal die „Sachzwänge“ Kürzungen erfordern, wird Finanzminister Steinbrück seine Pläne auf den Tisch legen. Hat er doch schon vor Jahren noch als NRW-Ministerpräsident weitere Verschlechterungen für Hartz-IV-Empfänger angekündigt: „...das ist eine Frage der Dosis, die die Menschen vertragen können“, als Antwort auf die Frage, ob



auf Hartz IV, Hartz V... Hartz VIII folgen müsse (24.9.04, „Berliner Zeitung“). Entsprechend weniger gib es dann auch für die o.a. Geringstverdiener. Übrigens: 2001 erhielt ein alleinstehender Erwerbsloser in der BRD nach fünf Jahren noch 54% seines Nettolohnes.

Die Preise hoch, Kartelle fest geschlossen

Einzelne Kommunen beginnen, sich ein Stück weit vom neoliberalen Privatisierungswahn zu verabschieden. Münchens Oberbürgermeister Ude warnt vor einem „Ausverkauf der Städte“. Bezüglich der städtischen Wasserversorgung sagt er: „Wasser ist ein zu kostbares Gut, um es dem freien Spiel der Marktkräfte zu überlassen.“ Ministerpräsident Koch und Oberbürgermeister Haumann liegen solche Überlegungen fern. Die Privatisierung des zusammengelegten Universitätsklinikums Gießen und Marburg ist für sie eine Erfolgsgeschichte. Dass bei Privatisierungen die Leistungen für die Verbraucher gekürzt, die Arbeitszeiten der Beschäftigten verlängert und die Preise erhöht werden, lässt sie kalt.

Nehmen wir das Beispiel Deutsche Post AG. Das Filialnetz wurde rigoros ausgedünnt, Tausende Briefkästen abmontiert, Sendungen werden vielfach später zugestellt als zu Zeiten der Bundespost. Die Bahn, die ihren Börsengang vorbereitet, hat Tausende Streckenkilometer stillgelegt, viele Gemeinden sind ohne Anschluss. Die Bosse dieser Unternehmen kassieren jährlich viele Millionen an Gehalt, Bonuszahlungen und Aktienoptionen. Für Postchef Zumwinkel brachte der Verkauf von Aktien seines Unternehmens, mit

Hilfe seines Insiderwissens zum goldrichtigen Zeitpunkt, ein schönes Zubrot von fünf Millionen Euro. In den so genannten freien Wettbewerb wurden bereits 1998 die vier Energiegiganten E.on, RWE, EnBW und Vattenfall entlassen. Anfangs fielen die Preise in der Tat. Doch bald handelten die vier Großen als Kartell, teilten den Markt unter sich auf und diktierten die Preise, die schwindelnde Höhen erreichten. „Die Preise für Strom

und Gas werden weiter steigen!“ sagt E.on-Chef Bernotat.

Die Konsumenten müssen zumeist für schlechtere Leistung tiefer in die Tasche greifen. Und wie ergeht es bei Privatisierung den Beschäftigten? Rund 300 Stellen wurden nach dem Verkauf des Uniklinikums Gießen und Marburg an die Rhön AG gestrichen. Die Arbeitsbelastung der Beschäftigten ist stark gestiegen. Patientenfürsprecher hören zunehmend Beschwerden, weil die Arbeitshetze immer weniger Zeit für die Krankenversorgung lässt. Aus Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes wagen viele Beschäftigte nicht, berechtigte Klagen namentlich vorzubringen. Der hohe Krankenstand bei den Arbeitenden, den sogar Rhön AG-Geschäftsführer Meder als „auffällig“ bezeichnet, spricht hier beredete Sprache. In die richtige Richtung entwickelt sich der Gewinn. Meder: „Wir haben den Break-Even (Durchbruch zur Gewinnzone) erreicht.

RWE-Chef Großmann sagt: „Letztlich will jeder Aktionär von uns das Gleiche: gute Zahlen“, spricht Monopolprofit. Die Kehrseite der Medaille sind gedrückte Löhne, gestiegene Arbeitshetze und verschlechterte Versorgung bei erhöhten Preisen für die Masse der Menschen in diesem Land.

Klaus Mewes



Jugendamt zum Sündenbock

Bundesweit wird auf Jugendämter und Sozialarbeiter eingepöbeln, als seien sie verantwortlich für die schlimmen Mißhandlungs-, Mißbrauchs- und Todesfälle. Auch in Gießen sind solche Fälle vorgekommen, und auch das Gießener Jugendamt geriet in Kritik. Niemand jedoch fragt, was dies alles mit den Einsparungen im öffentlichen Dienst zu tun hat. Seit Jahren wird der schlanke Staat, die schlanke Verwaltung propagiert, die Mitarbeiter der Jugendämter sind, auch in Gießen, seit Jahren überlastet; die Fallzahlen gehen weiter nach oben. Die Entwicklung der Jugendämter zielt jedoch immer weniger in Richtung Hilfe und Unterstützung, aufgrund der Arbeitssituation ist immer häufiger von Elendsverwaltung die Rede.

Und dann kommt der noch amtierende hessische Ministerpräsident und fischt am äußersten rechten Rand; mit NPD-Propaganda will er an seinem Amt kleben bleiben, auch wenn er allen wissenschaft-

lichen Daten über angeblicher Gewalt durch „ausländische Jugendliche“ widerspricht.

Der Kinderschutzbund hat gerade veröffentlicht, daß Mißbrauch und Mißhandlung in 95% aller Fälle mit ökonomischen Ursachen, sprich Armut, zu tun hat. Wie steht es da um die Hintergründe von Gewalt von Jugendlichen? Gewalt ist doch eine Folge von Armut und Perspektivlosigkeit und nicht, wie Koch uns vorgaukeln möchte, eine Frage der Nationalität. Gewalt als Mittel der Macht über andere hat die Ursache in aller Regel in der eigenen Ohnmacht. Perspektivenbildung und soziale Teilhabe statt Ausgrenzung sind Mittel gegen Gewalterrscheinung. Aber diese Probleme, die es selbst verursacht, haben das herrschende kapitalistische System noch nie interessiert. Auch deswegen wollen wir Kommunisten ein anderes System. Rosa Luxemburg hat hierzu kurz und klar gesagt: Sozialismus oder Barbarei. K.S.

Soziale Gerechtigkeit

Nur noch 15% der Bevölkerung glauben inzwischen, daß es in Deutschland sozial gerecht zugeht.

Dazu gehören mit Sicherheit die Vorstände der im Deutschen Aktienindex registrierten Unternehmen, deren Einkommen in den letzten Jahren um 62% stiegen.

Volksabstimmung

Die breit angelegte Unterschriftenkampagne für den Mindestlohn der SPD richtet sich bekanntlich nicht nur gegen sie selbst als Teil der Bundesregierung, sondern auch gegen sie als Verantwortliche der Politik in den vergangenen Jahren, die einen Mindestlohn notwendig macht.

Insofern führt genau genommen die SPD nun das erste Mal in ihrer Geschichte eine Volksabstimmung gegen sich selbst durch.

Venezuela - EU: Demokratie-Vergleich

Der Präsident Venezuelas, Hugo Chavez, kommt in der deutschen Presse in der Regel schlecht weg. „Linkspopulist“ und „autoritärer Herrscher“ sind noch die mildesten Ausdrücke, mit denen er von Schreiberlingen der bürgerlichen Presse bedacht wird. Dabei wurde er vor etwa 10 Jahren mit großer Mehrheit gewählt und hat inzwischen bei einem von der Opposition inszenierten Abwahlversuch und einer Wiederwahl seine Zustimmung im Volk noch vergrößert. Bereits im ersten Jahr seiner Präsidentschaft wurde eine neue Verfassung erarbeitet, breit diskutiert und mit großer Mehrheit angenommen. Diese Verfassung garantiert dem Volk Rechte, von denen Bundesbürger nur träumen können, z. B. die jederzeitige Abwahlmöglichkeit aller gewählten Mandatsträger. Im vorigen Jahr sah Chavez und die ihn unterstützenden Parteien und gesellschaftlichen Gruppierungen die Zeit für gekommen, in einer neuen

Verfassung den Weg des Landes zum Sozialismus festzulegen. Diese Verfassung wurde wieder breit diskutiert - und in der folgenden Volksabstimmung mit sehr knapper Mehrheit abgelehnt.

Die Reaktion des Präsidenten ist für hiesige Politiker undenkbar: Er gratulierte seinen Gegnern zum Erfolg und war erleichtert, daß der Text nicht mit einer genauso knappen Mehrheit angenommen wurde. Ohne eine ausreichend große Mehrheit erschien ihm eine so grundlegende Umgestaltung des Landes nicht sinnvoll.

In der EU wurde ebenfalls über eine Verfassung abgestimmt. Der Text war hinter verschlossenen Türen von einer Kommission ausgehandelt worden. Er war in einer Juristen- und Diplomatensprache abgefaßt, die ein normaler Mensch kaum versteht.

Mit der Verfassung sollte kapitalistische Marktwirtschaft ohne soziale Rücksichtnahme und die Militarisie-

rung der EU festgeschrieben werden. In den meisten Ländern wurde sie unter Umgehung der Bevölkerung von den Parlamenten durchgewinkt. In Frankreich und den Niederlanden wurde sie bei Volksabstimmungen mit deutlichen Mehrheiten abgelehnt.

Wie reagierten die europäischen Politiker? Sie beschimpften die Bevölkerung der beiden Ländern und nannten sie zu dumm, den Text zu verstehen. Kurzerhand nahmen sie geringfügige Änderungen vor, änderten den Namen des Dokumentes in „Reformvertrag“ und beschlossen, diesen Vertrag jetzt von den Parlamenten absegnen zu lassen und an den Völkern vorbei in Kraft zu setzen.

Ob das gelingt, ist noch nicht sicher - in Irland muß laut Landesfassung eine Volksabstimmung stattfinden. Ob sich die Bevölkerung aller anderen Staaten widerspruchslos übergehen läßt, wird sich zeigen. - Wo geht es nun demokratischer zu, in der EU oder in Venezuela? Gernot Linhart



Solidarität mit Angelo Lucifero

Am 14.12.2007 wurde Angelo Lucifero - vielen noch bekannt von seiner Arbeit als Jugendsekretär beim DGB Gießen - durch verdi Thüringen vom Dienst suspendiert. Gleichzeitig wurde ihm der Zutritt zu seinem Büro verwehrt. Eine fristlose Kündigung wird laut Aussage von Thomas Voß, verdi-Landesbezirksleiter, vorbereitet.

Die Vorwürfe gegen Lucifero bestehen in seiner mit Gewerkschaftsgeldern betriebenen antifaschistischen Arbeit und darin, dass er sich, der ständig von Nazis verfolgt wird, gegen einen derartigen Angriff mit einer Schreckschusspistole zur Wehr gesetzt hat. Urteil: Ein Jahr Gefängnis mit Bewährung. Vor allem Letzteres nahmen einige Gewerkschaftsfüh-

rer gerne zum Anlass, einen Linken loszuwerden.

Nachdem Helmut Appel, Mitglied des verdi-Bezirksvorstandes, auf der Mitgliederversammlung der DKP am 10. Januar darüber informiert hatte, erklärte sich die Versammlung mit Gästen einstimmig mit Lucifero solidarisch. „Die DKP Gießen solidarisiert sich mit Angelo Lucifero und fordert den verdi-Vorstand auf, alle arbeitsrechtlichen Schritte wie Suspendierung und fristlose Kündigung rückgängig zu machen.“ Wohin der geplante Rausschmiss des Antifaschisten Angelo Lucifero führt, zeigt sich darin, dass die NPD jetzt aufruft, in verdi einzutreten, da sich verdi von dem „Kleinkriminellen“ getrennt hat.

Buchtips

Mehr Profir - mehr Armut. Prekarisierung & Klassenwiderspruch Neue Impulse, 12.90 Euro

Gebhardt, Richard (Hg): Rosen auf den Weg gestreut. Deutschland und seine Neonazis. PapyRossa, 14.90 Euro

Hartmann, Ralph: Die DDR unterm Lüjberg. Ossietzky-Vlg. 10 Euro

Hinzer, Alfred, W.: Oktober 1917, Neue Impulse, 9,90 Euro

Hinzer, Alfred W.: Oktober 1917. Erinnerungen eines deutschen Rotarmisten. Neue Impulse, 9,90 Euro

Atheistisches Lexikon, Hrsg.: Deutscher Freidenker-Verband, 10 Euro

Schorlau, Wolfgang: Fremde Wasser, KiWi-Krimi, 7.95 Euro

(wir können alle Bücher auch besorgen, Echo-Redaktion)

9. Febr. in München: Großdemonstration gegen die NATO-Sicherheitskonferenz
**Sie reden von "Sicherheit". Wir nennen es
 Krieg, Folter und Terror.**

Die „Sicherheitskonferenz“ in München ist ein Treffen von Militärstrategen, Regierungsvertretern, Generälen und Rüstungslobbyisten. Verschanzt hinter Ab-sperrgittern, Wasserwerfern und einer gigantischen Polizeimacht kommen im Nobelhotel Bayerischer Hof jährlich EU- und NATO-Repräsentanten zusammen, um Kriegseinsätze, internationale Militärstrategien und Rüstungsgeschäfte zu planen. So wurden bei der Münchner Militärtagung unter anderem die Angriffskriege gegen Jugoslawien, Afghanistan und den Irak vorbereitet und entscheidende Weichen für den so genannten „Globalen Krieg gegen den Terror“ gestellt

*** Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr – Gegen jede deutsche Kriegsunterstützung**

Die wirtschaftlich und politisch Mächtigen der Welt beanspruchen für sich das Recht auf ungehinderten Zugang zu Märkten und Rohstoffen auf dem gesamten Globus. Sie setzen ihre ökonomischen Interessen und Machtansprüche auch mit militärischer Gewalt durch. Die Besatzungskriege der NATO-Staaten und ihrer Verbündeten, die unter der Losung der Terrorbekämpfung geführt werden, sind selbst Terror gegen die

Bevölkerung: Bombardierungen, Vertreibung, Zerstörung, Vergewaltigungen sowie die Wiedereinführung der institutionalisierten Folter wie in Guantanamo und in Geheimgefängnissen...

*** Gegen Krieg und Folter – Für ein freies und selbstbestimmtes Leben aller Menschen**

Die erneute Militarisierung der deutschen Außenpolitik führt längst auch zur Militarisierung im Innern. Diese Politik des präventiven „Sicherheits“-Staates treibt den Abbau der Grundrechte aller BürgerInnen durch Vorratsdatenspeicherung von Telefongesprächen, dem Aus-spionieren von PC-Daten, Unterbindungsgewahrsam, Überwachung von öffentlichen Plätzen und Privatwohnungen...

*** Gegen den Überwachungsstaat – Für Meinungsfreiheit und Bürgerrechte...**

*** Fluchtursachen bekämpfen. Öffnung der Grenzen...statt Stacheldraht und Lager...**

*** Statt sozialer Demontage und Aufrüstung – Umverteilung von oben nach unten...**

No justice, no peace! – Ohne Gerechtigkeit kein Friede!

(aus: Aufruf des Aktionsbündnisses gegen die NATO Sicherheitskonferenz)

Leserbriefe

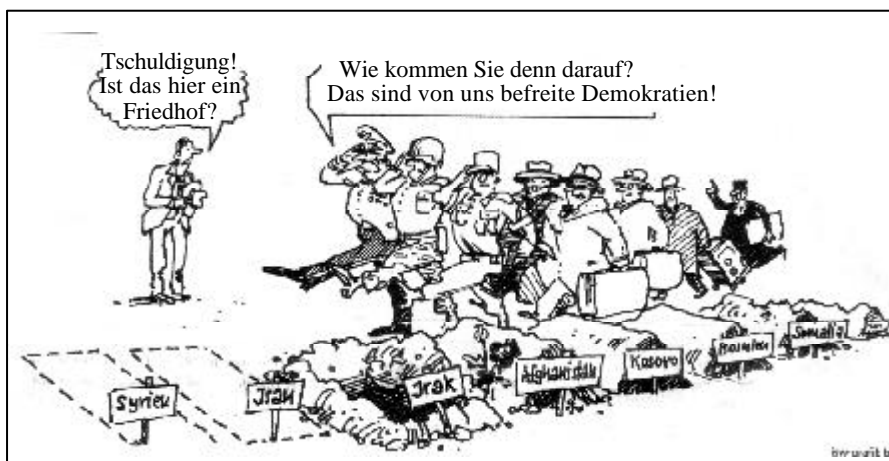
Papageiroboter für Demenzkranke

Dieburger Studenten entwickelten einen Papageiroboter zur Therapie für einsame Demenzerkrankten. Coco – eine Maschine in Gestalt eines Papageien – soll alte Menschen unterhalten, ihnen Geschichten erzählen, Lieder vorsingen, Quizfragen stellen, auf Sprache reagieren, sie an Termine erinnern oder einfach ungefragt drauflos plappern. Bei der Präsentation Anfang Dezember wurde lt. dpa insbesondere darauf hingewiesen, daß Angehörige Coco auf den Besitzer „zuschneiden“ können; sprich ihn mit entsprechenden Informationen füttern. Um Kritikern von vorneherein den Wind aus den Segeln zu nehmen, wurde von Seiten der Coco-Entwickler betont, daß gerade für Demenzkranke es sehr wichtig sei, Sprache zu hören und ihre Sinne zu reizen. Wohl wahr, aber vielleicht sollten am Anfang der Erkrankung Angehörige oder Freunde eher in die Lage versetzt werden, mit Demenzkranken des Öfteren zu reden bzw. im fortgeschrittenen Stadium Pflegeheime besser personell ausgestattet werden. Denn: eine Maschine als Ersatz für menschliche Zuwendung?! – Geht's noch perverser? M.W.

Achtung: Finanzamt schröpft

Vorsicht, der Staat (Fiskus) schlägt heimlich zu. Wer bei einem Geldinstitut Geld für sich, seine Nachkommen oder humane Zwecke günstig anlegt, muss dafür schwer berappen. Ohne sein Wissen und ohne in Kenntnis gesetzt zu werden, zieht ihm Vater Staat skrupellos eine kräftige Kapitalsteuer ab. Man setzt wie selbstverständlich voraus, alle haben das Steuerrecht studiert und müssen dies wissen. Am härtesten trifft dies wohl unsere betagten Mitbürgerinnen und Mitbürger. - Wer soll noch durchblicken? Mein Rat: Stellen Sie schleunigst eine Nichtveranlagungsbescheinigung beim Finanzamt! Lassen Sie sich nicht über den Tisch ziehen, und dies noch hinterrücks!

Falk Moldenhauer



**Fernsehtip:
 Bestes Kabarett**

Neues aus der Anstalt

Dienstag, 29. Januar, 22.15 h, ZDF

Mitternachtsspitzen

Samstag, 9. Februar, 21.45 h, WDR

**Die letzte
 Meinungsumfrage**

Angeblich ist die Hälfte der Deutschen darauf stolz, daß Deutschland wieder Weltmacht ist.

Wer allerdings stolz darauf ist, daß Deutschland Weltmacht ist, der weiß offenbar nicht, was Deutschland in der Welt macht.

Jugendkriminalität

Heute jährt sich zum 100. Mal der Todestag von Wilhelm Busch. Wer kennt nicht die Geschichten um Max und Moritz, um Witwe Bolte und Lehrer Lempel.

Aber mal ehrlich: Sachbeschädigung, Körperverletzung und Tierquälerei - für viele Jahre Jugend-Trainingscamp reicht das !!?? Das nur als kleine satirische Randbemerkung! ErikaWolf (9. 1.2008)

Stellungnahme der DKP Gießen zu den Landtagswahlen

Kochs CDU-Regierung hat den Menschen in Hessen schwer geschadet. Als Beispiele seien nur genannt: die Verschleuderung öffentlichen Eigentums (z.B. Uniklinik Gießen/Marburg), eine katastrophale Bildungspolitik (z.B. „U plus“, „G8“ und Studiengebühren) sowie eine Aushebelung der Tarifverträge im öffentlichen Dienst.

Als Alternative dient sich Ypsilanti an. Aber die Frage ist doch: was würde sich ändern? Als nach 16 Jahren Kohl-Regierung Schröder ans Kanzleramt rüttelte, gab es große Hoffnungen. Unsere Losung war: Ob Kohl, ob Schröder ganz egal, in Deutschland herrscht das Kapital. Aber Schröder erwies sich schlimmer als Kohl: er brachte die Agenda 2010, einen bodenlosen Sozialabbau, die beschleunigte Zerschlagung der sozialen Sicherungssysteme und die aktive Beteiligung Deutschlands am Bombenkrieg gegen Jugoslawien. Was Kohl gegen Friedensbewegung und DGB nicht hätte durchsetzen können, schafften SPD und Grüne.

Derzeit werden die Menschen von CDU/CSU/SPD gemeinsam in großer Koalition ausgenommen, damit genug Geld für weitere Kriege (Iran?) und die Profite des Großkapitals dabei rausspringt. SPD oder CDU ist wie die Wahl zwischen Pest und Cholera, auch wenn SPD-Beck sich mal für Mindestlohn und CDU-Merkel sich mal gegen Managergehälter aus dem Fenster hängt. Das ist auf Landesebene - Koch/Ypsilanti - nicht anders; es sind deren eigene Parteien,

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 15 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 €. Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Eigendruck. Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, Telefon/Fax 0641/2503430. E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

Redaktionsschluß für das nächste Echo: 31. Januar '08

die da, wo sie gewählt wurden, gegen die Menschen regieren.

Wie also soll man sich bei den Landtagswahlen verhalten?

Die DKP kandidiert dieses Mal nicht. Als Möglichkeit bleibt die Wahl der Linkspartei, die gute Chancen hat, in



den Landtag einzuziehen und mit deren Wahlprogramm wir weitgehend übereinstimmen. Die DKP Hessen hat beschlossen, sie dabei zu unterstützen. Die Linke kann dort

echte Opposition machen, Öffentlichkeit herstellen und ihre Position nutzen zur Unterstützung und Stärkung der außerparlamentarischen Bewegungen. Alles Liebäugeln mit einer eventuellen Koalition mit der SPD

ist fatal und würde letztlich zu Verhältnissen führen wie in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern oder Kommunen wie Dresden, wo die Linkspartei „mitregiert“, d.h. zum Mitmachen bei Privatisierung, Sozial- und Lohnkürzungen, bei der Umsetzung der Hartz-IV-Schweingereien...

Das allerdings wird bisher von den hessischen Kandidaten der Linken ebenso abgelehnt wie eine mögliche Koalition mit der SPD für die meisten ausgeschlossen scheint. Es wird der Basis, das heißt auch den Wählerinnen und Wählern vorbehalten bleiben, darauf zu achten, daß dies auch so bleibt und den Worten Taten folgen.

In der hessischen Erklärung der DKP heißt es: „Unabhängig vom Wahlausgang wird es darauf ankommen, selbst aktiv zu werden für die eigenen Interessen, gegen Krieg und Neofaschismus, gegen Sozial- und Demokratieabbau sowie Bildungsklaus. Daß ein solches Klima des Widerstands entsteht, dafür stehen die DKP und ihre Mitglieder. Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt.“

Wer will Panzer?

Am Donnerstag, dem 31. Januar, will die Bundeswehr wieder in der Bundesagentur für Arbeit „werben“ und aus dem Heer der Arbeitslosen ihr Kanonenfutter rekrutieren. Sie nennt das "Informationen zur Berufsorientierung". Ihre letzte Veranstaltung im Sommer 2007 war ein Flop (s. Gießener Echo 8/07: „Wann bekomme ich denn jetzt meinen Panzer?“).

Von 9 bis 18 Uhr stehen Stabsfeldwebel Hannemann und Oberleutnant Prieler in der Nordanlage 60 bereit, wobei letzterer um 14.30 Uhr einen Vortrag halten will.

Der Krieg in Afghanistan und die Perspektiven für das Land

Donnerstag, 31. Jan., 19.30 Uhr, Kongresshalle, Kerkrade-Zimmer

Referent: Dr. Matin Baraki, (Uni Marburg, Afghanistan-Experte)

Wir wollen u.a. darüber diskutieren: Interessen u. Kriegsführung von USA u. EU; Situation der Menschen in Afghanistan; Rolle der Bundeswehr bei ISAF und OEF; Welche Folgen hätte ein Rückzug der Bundeswehr? Friedenspolitische Perspektiven für Afghanistan
Veranst.: Gießener Friedensinitiative.Fördergemeinschaft Friedensarbeit Gießen e.V.

Bitte das Echo-Abo bezahlen

Jeden Monat werden rund 7000 Echos gedruckt und verteilt; nur ein kleiner Teil wird an Abonnenten verschickt. Um diese Auflage weiter finanzieren zu können, bitten wir um baldige Überweisung der Abo-Gebühren - und um Spenden. Wir wissen, daß viele unserer Leserinnen und Leser nicht viel Geld haben, deshalb wenden wir uns auch an die, die jeden Monat die Zeitung kostenlos im Briefkasten finden, mit der Bitte um eine Spende. Das Echo ist sicher verbesserungswürdig - aber auch notwendig.

Konto-Nr.: 193070, Sparkasse Gießen, BLZ 51350025